

Die abgefallene Hand

In Bayern lebt er noch immer als Zombie fort. Am 6. September 1915 wurde Franz Josef Strauß geboren.

Otto Köhler

Am vergangenen Sonntag morgen im *Deutschlandfunk* um halb neun berichtete, noch immer etwas verstört, Dieter Vieweger, Direktor des Deutschen Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes, was ihm widerfahren war, als er am 12. Mai zur 50-Jahr-Feier der Aufnahme (west-)deutsch-israelischer Beziehungen nach Haifa geladen war. Dort im Hafen durfte er auf ein deutsches Kriegsschiff, eine Fregatte, mit der für so etwas zuständigen Ministerin Ursula von der Leyen. Bekommen musste sich der Kriegsdienstverweigerer und Träger des Ordens »Schwerter zu Pflugscharen« – 1989 war Vieweger Pfarrer des Leipziger Thomanerchors – im Land der Überlebenden von Auschwitz deutsche Marschmusik von einem Musikkorps der Bundeswehr anhören. »Darauf war ich wenig bis gar nicht gefasst.« Aus gutem Grund: »Meine Mutter mahnte immer und immer wieder: Dem Deutschen, der wieder eine Waffe anfasst, dem sollen die Hände abfallen.« So sprach der heute 57jährige letzten Sonntag im *Deutschlandfunk*.

Ich bin 23 Jahre älter und weiß deshalb noch, dass Viewegers Mutter nur das treffliche Wort eines anderen in den Mund nahm. Franz Josef Strauß wurde als aufstrebender Nachwuchspolitiker bekannt, als er im Bundestagswahlkampf 1949 immer und immer wieder verkündete: »Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen«.

Da bereitete schon seit einem Jahr im Untergrund der »Organisation Gehlen« General Adolf Heusinger, 1942 Koordinator der »Partisanenbekämpfung« und danach Hitlers vertrautester Militärberater, unter der Aufsicht der CIA die Remilitarisierung Westdeutschlands vor. 1957 wurde er der erste Generalinspekteur der Bundeswehr unter dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Und der erzählte 1975 im Interview, sein Wort von der Hand, die abfallen möge, sei anders gemeint: »Die Äußerung, die mir hier in den Mund gelegt wird, ist nur im Zusammenhang zu verstehen, so wie ich ihn oft dargelegt habe: Dass nämlich jedem Staatsmann, der zum Gewehr greift, um damit seine politischen Ziele durchzusetzen, und ich meinte damit Hitler mit dem Angriffsbefehl gegen Polen, die Hand abfallen soll«.

Tatsächlich hätte Strauß eine nukleare Ausrüstung der Bundeswehr lieber gesehen als die Ausstattung mit Gewehren, die sich inzwischen ja auch – soweit sie von Heckler & Koch geliefert werden – als nicht zuverlässig letal erwiesen haben. Wie auch immer sein Wunsch nach der Hand, die abfallen möge, zu interpretieren sei, als er 1949 das aussprach, traf es auf den Wunsch der überwiegenden Mehrheit, nie wieder eine Waffe anzurühren.

Doch Strauß war schon weiter: Der Historiker Kim Christian Priemel kommt in seiner Untersuchung »Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik« aufgrund von Aktenfunden im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung zu der Einordnung: »Franz Josef Strauß datierte die ersten Zahlungen aus den Reihen Flicks später auf 1949« – das gleiche Jahr, in dem jener im Wahlkampf verkündete, die Hand möge abfallen, die noch einmal zum Gewehr greift. Friedrich Flick, der glänzend am Ersten wie auch am Zweiten Weltkrieg verdient hatte, saß damals noch im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg, von wo aus er reichlich ungehindert die neuen Geschäfte seines Konzerns führen konnte.

Strauß ist nicht Himmler

Franz Josef Strauß unterschied sich von Heinrich Himmler – der musste noch seine Spenden für die SS selbst im Büro von Flick abholen. Mitglied der NSDAP seit 1937, war der Konzernherr kein Nazi und kaum ein überzeugter Antisemit. Er gab nur an, wo es lang geht und war zu diesem Zweck Wehrwirtschaftsführer, Mitglied im Freundeskreis Reichsführer SS und dazu noch NSDAP-Mitglied Nr. 5.918.393.

So erfand Friedrich Flick die Arisierung, und das ist Raub jüdischen Eigentums auf streng gesetzlicher Grundlage. Gewiss, »entjudet« wurde die deutsche Wirtschaft seit 1933, und dabei wandte man nicht immer die feinsten Methoden an. Friedrich Flick in seiner vornehm-sachlichen Art widerstrebte Derartiges. Er wollte Paragraphen haben, die ihn ins Recht setzten, wenn er Juden ihr Eigentum wegnahm. Doch sein Rechtsanwalt Dr. Hugo Dietrich kam am 20.6.1938 zu dem betrüblichen Ergebnis: »Nach deutschem Recht besteht eine gesetzliche Handhabe, die Veräußerung der in jüdischen Händen befindlichen Betriebe oder Beteiligungen gegen den Willen der jüdischen Besitzer herbeizuführen, bisher nicht, selbst nicht bei lebenswichtigen Unternehmen.«

Wo kein Recht ist, muss in einem geordneten Staatsbetrieb ebenso wie in einem geordneten Gewerbebetrieb ein Recht geschaffen werden. Weil der Flick-Anwalt selbst eingesehen hatte, dass »nationalwirtschaftliche Belange gebieterisch die Überführung der jüdischen Beteiligung in arische Hände (erfordern), notfalls gegen den Willen ihrer jetzigen Besitzer«, bekam er von Flick sofort den Auftrag, ein entsprechendes Gesetz zur Weiterleitung an die Reichsregierung auszuarbeiten – so vereinfacht war damals das Gesetzgebungsverfahren.

Am 3. Dezember 1938 wurde die vom Flick-Konzern vorbereitete »Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens« verkündet (woher sie kam, steht heute nicht mal in der Wikipedia). Zwecks Arisierung konnten jetzt – streng gesetzlich – allmächtige Treuhänder in »jüdische Gewerbebetriebe« eingesetzt werden. Und Flick hatte die treueste Hand.

Hand in Hand marschierte man durchs »Dritte Reich«: Die Nazis bekamen von ihm zwischen 1933 und 1945 insgesamt 7,65 Millionen Reichsmark spendiert – nicht gerechnet die wertvollen Gemälde, die Friedrich Flick als kleine Aufmerksamkeit unter Geschäftsfreunden Hermann Göring, dem obersten Wirtschaftsführer, schenkte. Das war stilbildend für spätere Zeiten.

Im August 1950 musste Flick seinen Konzern nicht mehr aus der Gefängniszelle lenken, in voller Freiheit gab er jetzt Spenden für die Landtagswahl. Und schon im März 1951 registrierte die CIA seine Rückkehr ins Rüstungsgeschäft. Und schließlich konnte Flick – das ist Wiedergutmachung aus ehrlichem Herzen – Waffen nach Israel liefern. Der neue Verteidigungsminister Strauß hatte einen geheimen Rüstungsvertrag mit den übrig gebliebenen Juden ausgehandelt.

In die neue Regierungspartei entsandte Flick seinen Privatsekretär Dr. Robert Tillmanns, der von 1953 bis zu seinem Tod 1955 als Minister für »besondere Angelegenheiten« die Unternehmensinteressen im Adenauer-Kabinett vertrat. Seinen freigesprochenen Komplizen Odilo Burkart setzte er als Vorstandsvorsitzenden der Maxhütte ein – Flick wusste, da gibt's Uran. Als Burkart 1956 dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß den ersten in der Bundesrepublik produzierten Atomstab präsentierte, konnte er die Weitsicht seines Chefs nur loben: »Trotz des damaligen Verbots durch alliierte Gesetze nahm der Besitzer der Maxhütte, Friedrich Flick ... das Risiko auf sich, die Prospektionsarbeiten zu finanzieren und gegenüber dem Alliierten Sicherheitsdienst abzudecken.«

Strauß machte den Flick-Vertrauten Wolfgang Pohle – dessen Verteidiger im Kriegsverbrecherprozeß – zum Bundestagsabgeordneten der CSU und setzte ihn direkt in den Verteidigungsausschuss, wo er gleich an der Quelle die Rüstungsgeschäfte seines Arbeitgebers vertreten konnte, der wiederum Pohle prompt zum

persönlich haftenden geschäftsführenden Gesellschafter ernannte. Im Gegengeschäft betätigte sich Pohle auch noch als Schatzmeister der CSU. Eine Hand griff in die andere und blieb doch die eine.

Strauß im Flick-Palast

Vor seinem Tod, er starb im Sommer 1972, bat der alte Flick den jüngeren Strauß, er möge seinem Sohn zur Seite stehen. Kein Problem. Dank gemeinsamer Sauf Touren gedieh das Verhältnis zwischen den beiden so gut, dass Friedrich Karl Flick 1979 dem nunmehr zum Kanzlerkandidaten emporgestiegenen Strauß eine besondere Ehre erwies, die dem sogar zu wertvollen geschichtsphilosophischen Reflexionen verhalf: »Leben wie ein König am Mittelmeer« – unter dieser Titelzeile erschien im September 1979 in der *Burda-Illustrierten Bunte* eine große Reportage mit Fotos des Strauß-Sohnes Maximilian Josef. Dazu der Text: »Ein weiterer guter Freund schickte sein Geschenk übers Meer. Der Finanzmagnat Friedrich Karl Flick stellte Strauß zu dessen 64. Geburtstag seine kürzlich in Holland fertiggestellte Luxusyacht Diana II zur Verfügung. Mit 19köpfiger Besatzung, Beiboot und einem Kapitän. Familie Strauß zog mit Sack und Pack in diesen schwimmenden Palast, und dann ging es von der Côte hinüber nach Korsika und weiter nach Sardinien. Marianne Strauß: »Ein wirklicher gelungener Urlaub ...«

Bestechung? Nein – ein Dritteljahrhundert vor Christian Wulff – ein Freundschaftsdienst, der es Strauß ermöglichte, unter der heißen Sonne des Mittelmeeres für den Wahlkampf entscheidende geschichtspolitische Einsichten niederzuschreiben, die den Innenminister Friedrich Zimmermann zu einem Begeisterungstaumel über den Parteifreund hinrissen: »ein Intellektueller, ein Denker, ein Historiker, ein Mann, der ein Weltbild hat«. Strauß hatte auf der Flick-Yacht entdeckt, dass »die Schwungmasse«, die Hitler an die Macht brachte, herkam »von den verzweifelten Sozialisten, die der Sozialdemokratie in Massen davongelaufen waren«. Im *Bayerischen Rundfunk* ergänzte Strauß: »Sowohl Hitler wie Goebbels waren im Grunde ihres Herzens Marxisten.« Und: »Hitler hat sogar, ich muss das aus dem Gedächtnis zitieren, einmal erklärt, dass der Nationalsozialismus die folgerichtigste und beste Konsequenz der marxistischen Lehre sei.«

Mein Pech, dass ich fünf Monate später im *NDR* eine etwas abweichende Meinung über die Schwungmasse zu vertreten schien, die Hitler an die Macht brachte. Am 22. Februar 1980 fand im Blankeneser Anwesen des Hamburger Bankiers Alwin Münchmeyer ein exklusiver Herrenabend – allerdings war auch Tochter Birgit Breuel, die niedersächsische Finanzministerin und spätere Treuhand-Präsidentin zugelassen – mit dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß statt. Ich stand für den *NDR* draußen vor der Tür, so wie manch anderer Journalistenkollege. Am nächsten Morgen kam ich auf Sendung und berichtete, dass es nichts zu berichten gab, abgesehen von der strengen Abschirmung durch die Polizei und dem großen Getränkewagen, der bald Nachschub liefern musste.

Da fragte mich der Moderator nach der Bedeutung Münchmeyers in Hamburg. Und ich antwortete brav: »Alwin Münchmeyer ist wohl die bedeutendste Figur des Hamburger Geldadels. Der 74jährige hatte und hat noch zahlreiche wichtige Funktionen in der Wirtschaft, lange Jahre war er Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages. Seine Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. ist 1969 aus einem Zusammenschluss mit dem hochrenommierten Hamburger Bankhaus Schröder entstanden. Und dies ist historisch interessant. Denn aus diesem Bankhaus ist auch der Bankier Kurt Freiherr von Schröder hervorgegangen, in dessen Haus sich am 4. Januar 1933 auf Betreiben einflussreicher Wirtschaftskreise Hitler und Papen trafen. Die Wirtschaft verfolgte damals das Ziel, wie Bankier Schröder 1947 in Nürnberg aussagte, »einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen«. Und das ist ihr 26 Tage nach dem Herrenabend gelungen.«

Journalistische Fehlleistung

Noch am gleichen Tag explodierte CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber in München, ich hätte Strauß mit Hitler verglichen. Dann gutachtete der *NDR*-Chefredakteur Jürgen Kellermeier (SPD): »Der Autor des Beitrages, Herr Köhler, hat diesen Anlass benutzt, um den Hörern eine Parallellität zwischen Strauß und Hitler sowie eine Parallellität zwischen Münchmeyer und solchen, die Hitler seinerzeit vor der »Machtübernahme« hoffähig machten, zu suggerieren. Diese Wirkung wurde dadurch erzielt, dass der Autor zwei Vorgänge, die in Wirklichkeit nichts miteinander zu tun haben, parallel setzte – die Münchmeyer-Einladung für Strauß und eine Einladung des Bankiers von Schröder Anfang 1933 für Hitler. Es handelt sich hier um eine skandalöse journalistische Fehlleistung, die das Ansehen des *NDR* insgesamt auf das schwerste schädigen wird. Der Beitrag von Herrn Köhler ist ohne jede Einschränkung als eine perfide Manipulation mit dem Zweck und dem Ergebnis demagogischer Diffamierung zu bewerten. Konsequenzen: 1. Gegenüber den Herren Münchmeyer und Strauß und gegenüber unseren Hörern ist eine offizielle und öffentliche Entschuldigung des *NDR* unerlässlich ... 2. Der Wortanteil dieser Wochenendsendung ist auf ein Minimum zu reduzieren. 3. Gegenüber dem zuständigen Redakteur und dem Moderator ist eine scharfe Rüge erforderlich. 4. Es erscheint selbstverständlich, dass Herr Köhler für Sendungen des *NDR* nicht mehr beschäftigt werden kann.«

Darauf entschuldigte sich Intendant Martin Neuffer (SPD) bei Strauß: »In dem Beitrag sollen offensichtlich Parallelen zwischen der Funktion des jeweils einladenden Bankiers, der Einflussnahme der Wirtschaft auf politische Entwicklungen und zwischen Adolf Hitler und Ihnen suggeriert werden. Ich halte dies für eine schlimme journalistische Fehlleistung, für die ich mich bei Ihnen in aller Form entschuldigen möchte. Ich habe alles Erforderliche veranlasst, um die Wiederholungen einer solchen Diffamierung zu verhindern.«

Darauf blieb mir nichts anderes übrig, als dem sehr geehrten Herrn Strauß ebenfalls ein Entschuldigungsschreiben nach München zu schicken: »Mit dem Ausdruck meines tiefen Bedauerns möchte ich mich in aller Form für den an Sie gerichteten Brief meines Intendanten Martin Neuffer vom 25.2.1980 entschuldigen. Er hat aus einem Beitrag, den ich für den *NDR* über Ihren Besuch bei Bankier Münchmeyer machte, den Schluss gezogen, hier sollten offensichtlich Parallelen zwischen Adolf Hitler und Ihnen suggeriert werden. Meinem Text, der beiliegt, können Sie entnehmen, dass ich zwar in einer ausdrücklich als historisch gekennzeichneten Anmerkung über das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. auf die Mittlerfunktion des Bankiers Schröder zwischen Hitler und der Wirtschaft hinweise, mit keinem Wort aber Parallelen zur Gegenwart oder gar zwischen Ihnen und Hitler herstelle. Wenn ich mit den gleichen Worten über einen Besuch von Helmut Schmidt bei Bankier Münchmeyer berichtet hätte, nie wäre mein Intendant auf den Gedanken gekommen, ich wolle Schmidt mit Hitler vergleichen. Darum halte ich seine Entschuldigung für eine schlimme Fehlleistung, bei der herausgekommen ist, wie schlecht mein Intendant in Wahrheit über Sie denkt. Mir tut dies umso mehr leid, weil es nicht in meinen bescheidenen Kräften liegt, die Wiederholung solcher Diffamierungen zu verhindern.«

Aber das ist nur ein kleines Intermezzo, das der historischen Bedeutung des Staatsmannes Franz Josef Strauß nicht gerecht zu werden vermag. Dem dienen vielmehr zwei dicke Bücher, die zu dessen 100. Geburtstag erschienen sind. Der Journalist Peter Siebenmorgen schrieb mit »Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß« ein eher verständnis-, ja liebevolles Porträt, das sich freilich durch einen Umstand auszeichnet: Die Strauß-Kinder wollen dagegen klagen – wie die *Augsburger Allgemeine* inzwischen meldete. Siebenmorgen hat neben vielen freundlichen Strauß-Geschichten ein Aktenbündel ausgegraben, das belegt, wie Strauß (samt Gemahlin), versteckt hinter dem befreundeten Rechtsanwalt Reinhold Kreile, mit der »Beratungsfirma« Eureco GmbH die deutsche Industrie abkassierte. Regelmäßig überwiesen namhafte Firmen und Konzerne wie Buderus, Daimler Benz und natürlich auch Flick und einmal – besonders viel - auch Bertelsmann an Eureco hohe Beträge für »Beratungen« durch Strauß.

Immerhin eines hatte Strauß aus dem Schicksal Al Capones gelernt: Die Einkünfte aus seinen »Beratungen« wurden alle korrekt versteuert. Da konnte ihm keiner etwas anhaben.

Geschichten eines Institutschefs

Das zweite Buch »Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell«, stammt von Professor Horst Möller, von 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte. Er wurde einer größeren Öffentlichkeit bekannt, als er am 4. Juni 2000 die Laudatio auf Ernst Nolte hielt, den die »Deutschlandstiftung« des Altnazis Kurt Ziesel mit ihrem Konrad-Adenauer-Preis ausgezeichnet hatte. Nolte, der die Verbrennungsöfen von Auschwitz auf die Tätigkeit des Josef Stalin zurückführt, war für den damaligen Institutschef ein »Geschichtsdenker in der Tradition der dialektischen Geschichtsphilosophie Hegels und der begriffenen Geschichte Kants«.

So etwas generiert Maßstäbe, die Möller auch bei dem großen Bayern einhält: So setzte »Strauß, der Intellektuelle, doch stets auf die Kraft des Arguments, wenngleich er oft in seinem Leben die Erfahrung machen musste, dass die stärksten Argumente« – für deutsche Atomwaffen etwa – nichts galten, »wenn sie auf emotional bedingte Abwehr trafen«.

Zu loben ist, dass Möller sich auch grundsätzliche Gedanken macht. Eine »geschichtswissenschaftliche Darstellung«, erläutert er auf Seite 632, müsse sich nach Max Weber dem »regulativen Postulat der Objektivität« verpflichtet fühlen. Möller: »Dazu gehört es aufgrund der verfügbaren Quellen, die Vorgänge zu rekonstruieren, zu erklären und zu interpretieren, mit bloßen Meinungen und Behauptungen darf sich die Historiographie nicht begnügen«.

Brav. Er erwähnt sogar den allseits bekannten Kohl-Förderer Fritz Ries, in dessen Salon sich die industrielle und politische Elite der Bundesrepublik traf. Möller konzidiert vorsichtig, dass Ries »möglicherweise« zu den »näheren Bekannten« gehörte, bei denen Strauß »keine gute Menschenkenntnis bewies«. Er selbst – mit dem ganzen wohlsortierten Institut für Zeitgeschichte im Rücken – beweist überhaupt keine Kenntnis, er weiß nur, dass Ries in »einem« – es waren einige – *Spiegel*-Artikel lediglich »bezüglich« wurde, sich vor 1945 »dem NS-Regime angedient« zu haben, um »Geschäfte zu machen«. Möller hypervorsichtig: »Doch sind diese Vorwürfe nicht völlig geklärt.«

»Nicht völlig«? Seit fast vier Jahrzehnten, seit dem Prozess, den 1979 Fritz Ries gegen den Schriftsteller Bernt Engelmann führte, musste der Historiker Horst Möller das, seit 2008 im Staatsarchiv Ludwigsburg gelagerte, Urteil kennen: Ries hatte tatsächlich im besetzten Polen jüdische Betriebe »arisiert« und deren Vermögen schon 1944 in den Westen transportiert, um dann mit Helmut Kohls Hilfe Lastenausgleich für im Osten verlorene Betriebe zu kassieren. Möller unterschlägt, was er wissen musste, dass Marianne Strauß von Ries mit zehn Prozent an einem Pegulan-Betrieb beteiligt wurde, ohne die Einlage dafür bezahlen zu müssen. Aber Möller weiß ganz sicher: »In der eigentlichen Frage, ob es Begünstigungen gegeben hat, lassen die vorliegenden Unterlagen kein Fehlverhalten erkennen.«

Der Informationswert beider Biographien lässt sich schon allein am Register einschätzen. Der CSU-Bundestagsabgeordnete und Flick-Generalbevollmächtigte Wolfgang Pohle – dieses feste Bindeglied zwischen Strauß und Flick und dem Rüstungsausschuss des Parlaments taucht bei Siebenmorgen nur zweimal in Nebenrollen auf. Bei Möller gibt es so einen überhaupt nicht. Friedrich Flick, der Alte, kommt bei Siebenmorgen sechsmal vor – Sohn Friedrich Karl überhaupt nicht. Bei Möller umgekehrt. Der allmächtige Flick senior, mit seinen vielfältigen und beiderseits einträglichen Beziehungen zu Strauß, existiert für den Zeithistoriker gar nicht erst. Dafür aber – das allerdings nur so nebenbei – der für den Kanzlerkandidaten Strauß so ungemein wichtige Junior.

»Brauchen wir eine geschichtswissenschaftliche Biographie über Franz Josef Strauß?« fragt Horst Möller zu Beginn seines 832-Seiten-Buches. Ja. Nach seinem missglückten Versuch mehr denn je. Zuerst aber müssen wir die abgefallenen Hände der deutschen Soldatinnen und Soldaten einsammeln, die auf allen Plätzen dieser Welt herumliegen.

Literatur

Horst Möller: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell. Piper, München 2015, 832 Seiten, 39,99 Euro

Peter Siebenmorgen: Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß. Siedler, München 2015, 768 Seiten, 29,99 Euro

Otto Köhler ist Journalist und Publizist. Auf diesen Seiten schrieb er zuletzt am 15. Juli über den kurzzeitigen Präsidenten der Treuhand, Reiner Maria Gohlke.

<http://www.jungewelt.de/2015/09-05/033.php>